

**Weltpolitik seit 1945: Geschichte der Internationalen Beziehungen (Sicherheitspolitik II)**  
Prof. Dr. Andreas Wenger, Sommersemester 2003**Gruppenarbeit zum Thema Irakkrieg****Syntheseentwurf** 2. überarbeitete Fassung**Gruppenmitglieder der Gruppe 5:**

- Böhm Bruno
- Ceresetti Luca
- Haag Matthias Referent
- Holenweger Michael
- Huber Christina
- Ortelli Giovanni
- Ryser Raphael
- Senn Stephan Moderator
- Tobler Alain

**These 5:**

Europäische Regierungen argumentieren zurecht, dass die Irak-Intervention den Nahen Osten destabilisiert und nicht – wie die USA hoffen – in einer schon destabilisierten Region ordnungspolitisch positiv wirkt.

**Vorwort zur ersten Fassung**

Der vorliegende Syntheseentwurf ist das Produkt einer virtuellen Diskussion mittels Diskussionsforen zum Thema Irakkrieg. Die Diskussionsteilnehmer mussten Stellung beziehen zur These 5 und je eine Stellungnahme eines anderen Mitglieds kommentieren.

Die Diskussion war frei von Gehässigkeiten und Anschuldigungen und hatte den Charakter einer guten Diskussion. Sie war auch ausserordentlich ideenreich und führte viele Zusammenhänge, Fakten und Fragen zu Tage.

Meine Aufgabe bestand nun darin, diese Informationen zu sammeln, zu sortieren und zu kanalisieren. Dabei war es mein Hauptanliegen, möglichst viele Inhalte und Zusammenhänge sachlich distanziert und frei von persönlichen Meinungen und Vorurteilen darzustellen. Dass dies eine sehr schwierige Aufgabe ist und dass es wohl trotzdem zu subjektiven Färbungen kam, erklärt sich aus dem Umstand, dass jede Auswahl subjektiv ist. Ich probierte Meinungen von Kriegsbefürwortern als auch jene von Kriegsgegnern gleichermaßen aufzuzeigen. Ich hoffe, dass mir dies einigermaßen gelungen ist.

Zürich, den 6. Juni 2003

Stephan Senn  
[ssenn@ee.ethz.ch](mailto:ssenn@ee.ethz.ch)

## Vorwort zur zweiten Fassung

Dieser Syntheseentwurf wurde von allen Diskussionsteilnehmern sehr positiv aufgenommen, was mich sehr gefreut hat. Die harte Arbeit hat sich also gelohnt! – In diesem Syntheseentwurf wurden neben ein paar Tippfehlern noch ein paar Passagen auf Anregung einzelner Diskussionsteilnehmer leicht überarbeitet. Der Inhalt blieb aber weitgehend unverändert.

Die von Bruno Böhm lancierte Diskussion über die unterschiedlichen Grundhaltungen zwischen Europäern und Amerikanern ist nicht zu Stande gekommen. Die meisten Diskussionsteilnehmer waren der Ansicht, dass man sich auf die Kernpunkte fixieren sollte. Irgendwann muss man einmal einen Schlussstrich ziehen; so der Tenor der meisten Gruppenmitglieder. Ich möchte aber Herr Böhm für sein Engagement herzlich danken.

Weiter möchte ich allen Diskussionsteilnehmern meinen Dank aussprechen. Die Diskussion war sehr ideenreich. Die These wurde von ganz unterschiedlichen Standpunkten aus betrachtet und führte trotzdem zu einer interessanten Synthese. Auch für mich war die Diskussion sehr interessant. Ich habe einige neue Sichtweisen über den Irakkrieg kennengelernt, die ich vorher nicht kannte oder denen ich zu wenig Beachtung geschenkt habe.

Zürich, den 19. Juni 2003

Stephan Senn  
[ssenn@ee.ethz.ch](mailto:ssenn@ee.ethz.ch)

## Einleitung

Der Irakkrieg ist zu Ende und der Wiederaufbau hat begonnen. Der befürchtete KIUG (Kampf in überbautem Gebiet) blieb grösstenteils aus. Die prognostizierten massiven Flüchtlingsströme stellten sich ebenso wenig ein wie die langwierigen Guerillakämpfe. Der sehr kurze Kriegsverlauf (binnen eines Monats) liess die Welt aufatmen und stärkte das Vertrauen der Briten und Amerikaner. Saddam Hussein ist gestürzt. Vom Diktator und seiner Familie fehlt jedoch jede Spur. Unterdessen zeichnet sich auch eine Entspannung zwischen den Kriegsherren USA und Grossbritannien und den restlichen G8-Staaten ab. Doch noch immer ist der eigentliche Kriegsgrund unauffindbar: die Massenvernichtungswaffen. Die Kritik, auch innerhalb der CIA, wird immer lauter. Wurden bewusst Beweise gefälscht, um die Welt von einem Krieg gegen den Irak zu überzeugen? – Der US-Aussenminister Colin Powell weist diese Vorwürfe brüsk zurück. Unterdessen kommt der englische Premier Tony Blair zunehmend unter Druck. Er muss sich nun vor einem Ausschuss für den Krieg im Irak rechtfertigen. Auch der Wiederaufbau im Irak gestaltet sich eher schleppend. Plünderungen und chaotische Zustände sind noch immer an der Tagesordnung. Die Einsetzung eines neuen, vom irakischen Volk gewählten Parlaments sowie die Bildung einer neuen Regierung lässt weiterhin auf sich warten. Zur selben Zeit überschatten erneute Terroranschläge das Weltgeschehen. Sind die Attentate in Riad und Casablanca als Antwort auf den hegemonialen Vorstoss der Amerikaner und Briten im Nahen Osten zu deuten? Oder besteht zwischen den Anschlägen und dem Irakkrieg kein Kausalzusammenhang? – In Israel kommen die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern wieder in Gang. Ob ‚Road-Map to Peace‘ die entscheidenden Durchbrüche bringen wird, ist noch höchst ungewiss. Handelt es sich hier um ernsthafte Friedensbemühungen? Oder will die Bush-Administration schon ihre Stimmen für den Wahlkampf sammeln?

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt die These 5 an zentraler Bedeutung. In wiefern lässt sich die Intervention im Irak legitimieren? Und lässt sich dadurch eine stabile Ordnung im Nahen Osten aufbauen? – Es zeigt sich schon jetzt, dass die Beantwortung von solchen und ähnlichen Fragen von sehr komplexer Natur ist.

## Missachtung der kulturellen, geschichtlichen und ethnischen Aspekte hat fatale Folgen

Es wird von allen Diskussionsteilnehmern fast einhellig bemerkt, dass eine Stabilisierung des Nahen Ostens nur möglich ist, wenn die kulturellen, geschichtlichen und ethnischen Aspekte der Region berücksichtigt werden. Deshalb muss auch eine Demokratisierung nach westlichem Charakter scheitern, da die kulturellen und geschichtlichen Bezüge missachtet werden. Michael Holenweger hält dem Scheitern einer westlichen Demokratisierung kritisch entgegen:

*Erstens ist der Begriff der Demokratisierung ein sehr weit auslegbarer Begriff mit vielen Facetten, zweitens sind die Demokratien nach dem 2. Weltkrieg auch nicht über Nacht entstanden. Ich bin überzeugt, dass die Amerikaner und Engländer ihre positiven und negativ gemachten Erfahrungen der letzten 50 Jahre mitberücksichtigen und im Irak umsetzen werden.*

Die Unterschiede drücken sich auch in den Auffassungen und Mentalitäten der Völker aus: Das westlich-demokratische System trifft auf das traditionell-feudalistische. Die meisten Diskussionsteilnehmer unterstreichen zwar den Sturz des Diktators Saddam Hussein, bedauern jedoch die Art und Weise des Vorgehens. Die Intervention der Amerikaner und

Briten im Irak habe nicht dazu geführt, dass der Wandel von ‚innen heraus‘ stattgefunden hätte, sondern dass dem irakischen Volk von ‚ausen‘ ein Wandel auferlegt wurde. Alain Tobler, der von einer Modernisierungsblockade im Nahen Osten spricht, meinte dazu:

*Und wieder einmal werden die Araber den bevorstehenden Wandel nicht selbst herbeiführen, sondern sich dem Diktat einer fremden Macht beugen.*

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage nach der Akzeptanz der ‚fremden Mächte‘. Diese Frage führt direkt zum geschichtlichen Hintergrund. Die Versprechungen der Westmächte gegenüber den Arabern (und den Palästinensern) gegen Ende des 1. Weltkrieges wurden nicht eingehalten. Die Bildung eines grossarabischen Staates wurde von den Westmächten unterbunden. Dieser Bruch des Vertrauens hat sich tief in deren Bewusstsein eingegraben. Bruno Böhm führt dazu folgende geschichtlichen Ereignisse auf:

- Sherif Husein von Mekka unterstützt 1916 die Briten im Kampf gegen die Türken unter der Bedingung, dass die Unabhängigkeit Arabiens garantiert wird. Der Oberkommissar McMahon stimmt diesem Abkommen zu.
- Im Skyes-Picot-Abkommen von 1916 werden die ehemals türkischen Gebiete des osmanischen Reiches zwischen Grossbritannien (Mesopotamien, Palästina, Jordanien) und Frankreich (Syrien) aufgeteilt. Das Abkommen zwischen Sherif Husein von Mekka und dem Oberkommissar McMahon wird nicht eingehalten. Nach der Machtübernahme im vorderen Orient durch die beiden Westmächte (nach 1916) wird die Rivalität zwischen den beiden Mächten (vor allem um die Ölgebiete von Mosul) durch einen Kompromiss auf der Konferenz von San Remo beigelegt. Es kommt zum Vertrag von Mosul.
- Die Zusage von Lord Balfours für die Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden (1917) – bekannt geworden durch die sogenannte ‚Balfour-Declaration‘ – schliesst die arabische Bevölkerung aus. Darin heisst es:  
*[...] it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine.[...]*<sup>1</sup>
- Auch die Stärkung des arabischen Nationalismus durch die USA im Kalten Krieg mit dem Ziel, ein Bollwerk gegen sowjetische Machtansprüche aufzubauen, scheiterte an der Missachtung der historischen und kulturellen Aspekte. Die USA hat nur ihre Interessen verfolgt und jene der Araber missachtet. Die Energiekrisen der siebziger und der frühen achtziger Jahre sind Ausdruck des Scheiterns dieser Unternehmung.

Weitgehende Einigkeit besteht auch in der Frage, was für eine Rolle die ethnischen Gruppen im Irak im ganzen Konflikt spielen. Hier werden drei Problembereiche angesprochen:

- Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten
- Kurdenproblematik
- territoriale Ansprüche

Es wird festgehalten, dass ohne eine Lösung dieser Probleme, ein Frieden in der Region nicht denkbar ist. Der Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten ist im Irak von zentraler Bedeutung. Auch der Ruf der Kurden nach einem eigenen Staat ist bis heute nicht verhallt. Daraus ergeben sich ungelöste territoriale Ansprüche, die in der Geschichte weit zurückreichen. Schwierig erscheint die Beurteilung der Nachbarstaaten. Hier sind sich die Diskussionsteilnehmer überhaupt nicht einig. Während andere die Möglichkeit eines Umsturzes als eher gering einschätzen, so empfinden andere hier eine latente Gefahr. Christina Huber schreibt dazu:

---

<sup>1</sup> gefunden von Bruno Böhm

*Die grosse Unbekannte bleibt allerdings die Haltung der Bevölkerung in den Nachbarländern, die zwar überwiegend nicht mit dem Regime von Saddam Hussein sympathisierte, eine US-Intervention aber dennoch grundsätzlich abgelehnt hat.*

*Gemein ist allen Nachbarländern des Irak bis auf Kuwait eines: Sie haben den Krieg gegen den Irak trotz teilweise erbitterter Feindschaft mit dem Regime in Bagdad nicht gewollt.*

Die Befürworter einer solchen latenten Gefahr weisen auf die desolaten Zustände dieser Staaten hin. Die Diktaturen, so die Befürworter, enthalten genügend Zündstoff, um das Pulverfass Nahost zum explodieren zu bringen. Raphael Ryser schreibt dazu:

*Bisher befinden sich im Arabischen Raum vor allem oligarchische Regimes, in Form von Königreichen (wie Saudi-Arabien, Jordanien) oder Diktaturen (Syrien). Die Macht ist auf seit mehreren Jahrzehnten regierenden Familien vereinigt, die manchmal sogar das ganze Staatsvermögen besitzen (Vereinigte Arabische Emirate). Das Fussvolk hat in den meisten Staaten kaum etwas mitzubestimmen, vielerorts wird ein machtloses Scheinparlament gewählt, das den Eindruck demokratischer Strukturen wecken sollte. Die Spirale zwischen Arm und Reich hat sich mittlerweile vor allem wegen den reichen Erdölvorkommen so weit auseinandergedreht.*

Ähnlich schreibt auch Michael Holenweger:

*In Saudi-Arabien wacht ein König mit seiner Herrscherfamilie über die Heiligtümer des Islam und regiert seine Stammesgesellschaft nach islamischem Recht wie ein Despot. In Libyen und Syrien halten Diktatoren ihre verfeindeten Bevölkerungsgruppen mit brutaler Gewalt unter Kontrolle. Für all diese Länder besteht durch den schnellen Zusammenbruch des irakischen Regimes enormer militärischer und politischer Druck, der durch die Stationierung amerikanischer Truppen an den jeweiligen Grenzen zugenommen hat.*

Vorallem das Gefälle von arm zu reich, wird als Hauptgrund angeführt. Beim Ölgeschäft profitiere nur eine kleine Oberschicht, während das gemeine Volk auf der Strecke bleibe. Die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf das Ölgeschäft wird, in Bezug auf den Demokratisierungsprozess, als hemmend empfunden. Michael Holenweger warf dazu eine interessante These auf, die leider unbeantwortet blieb:

*Im Nahen Osten ist bis dato der Islamismus das einzige wirksame Mittel des politischen Widerstandes.*

Die meisten Diskussionsteilnehmer scheinen sich auch einig zu sein, dass eine lange US-Intervention im Irak, das Risiko einer Destabilisierung der Region erhöht. Man ist sich auch einig, dass die ungeschickten Drohgebärden Washingtons (von Powell, Wolfowitz und Rumsfeld) gegenüber Iran und Syrien nur dazu führen, dass fundamentalistische Kräfte gestärkt werden und die Stimmen der gemässigten Gruppen verstummen. Raphael Ryser schrieb dazu:

*Die momentane Politik der USA gegenüber dem Iran (Schurkenstaat, Achse des Bösen, Atomwaffenverdacht, diplomatische Eiszeit) schwächt die reformistischen Kräfte.*

Bruno Böhm unterstreicht diese Meinung noch mit klareren Worten:

*Wie will man die Massen der Iraner, die sich klar eher den Reformkräften anschliessen würden, für sich gewinnen, wenn man ihren Heimatstaat als einen Verbrecherstaat brandmarkt und es so verunmöglicht, dass der Befriedigungsprozess im Schlüsselstaat Persien (mit Auswirkung auf Afghanistan und den Kurden) mit diplomatischen Mitteln gefördert wird.*

Es wird von vielen Diskussionsteilnehmern bemerkt, dass ein Scheitern des Wiederaufbaus im Irak fatale Folgen für den Nahen Osten hat. Die Amerikaner und Briten stecken in der misslichen Lage, dass ein Gelingen des Wiederaufbauprozesses positive Effekte auf die Region haben kann, ein Versagen jedoch die negative Grundhaltung der arabischen Bevölkerung nur verstärkt. Die Situation ist also vergleichbar mit einer Balkenwaage, die im Moment einigermaßen ausgeglichen ist. Doch schon die geringste Änderung kann den Balken auf die eine oder andere Seite auslenken.

## **Fragwürdige Begründung des Irakkrieges**

Vereinzelt wird auch die Begründung des Irakkrieges kritisch hinterfragt. Die noch immer fehlenden Beweise für die Existenz der Massenvernichtungswaffen schlägt nicht nur in der

Weltpresse, sondern auch in CIA-Kreisen immer grössere Wellen. Die interessante Frage, ob ein UN-Mandat für einen Krieg gegen ein korruptes und diktatorisches Regime, für das man genügend Beweise gehabt hätte, nicht eher beschlussfähig gewesen wäre als ein Krieg gegen ein Land, das angeblich Massenvernichtungswaffen besitzt und den Terrorismus unterstützt, wird von Bruno Böhm wie folgt beantwortet:

*Die gegenwärtige US-Administration hat - im Gegensatz zu Präsident Bush-Vater (1990/91) - diese Implikation nicht richtig eingeschätzt, andernfalls hätte sie die notwendige Geduld aufgebracht, die Weltbevölkerung von der Berechtigung der Beseitigung des Mörderregimes Saddam Hussein's (im Rahmen eines von der UN sanktionierten Feldzuges) zu überzeugen und völkerrechtlich abgestützt die Basis für einen umfassenden Friedensplan im Nahen Osten zu legen (analog zum Oslo-Friedensprozess, der nach dem 1. Golfkrieg in den neunziger Jahren in Gang gekommen ist).*

Er stellte sich auch die Frage, ob denn die UNO versagt hat. Er kommt zu folgendem Ergebnis:

*Der Unilateralismus der Koalition und nicht das sogenannte Versagen der UNO oder des diplomatischen Vorgehens sind deshalb verantwortlich für ein mögliches Scheitern der Friedensbemühungen im Irak und darüber hinaus im Nahen Osten.*

Für andere Diskussionsteilnehmer liegt das Versagen der UNO weiter zurück. Das Hilfsprogramm ‚Food for Oil‘ habe nicht das Volk gestärkt und dazu geführt, dass es sich gegen ihren Despoten Saddam Hussein erhob, sondern den Diktator zusätzlich bereichert und den Ausbau seiner Garde indirekt mitfinanziert. Luca Ceresetti glaubt nicht daran, dass es den Amerikanern nur um die Befreiung des Iraks geht. Für ihn spielen wirtschaftliche Interessen eine bedeutende Rolle.

*Es ging um wirtschaftliche Interessen (Erdöl, neue Märkte, Verträge für den Wiederaufbau!), strategische Interessen [...] und es ging um Massenvernichtungswaffen [...]*

Schon im Vorfeld wurden Gerüchte laut, dass amerikanische und britische Firmen beim Wiederaufbau beteiligt werden sollten. Denkt man diesen Ansatz konsequent weiter, so erkennt man schnell, dass neben der wirtschaftlichen Komponente des Erdöls auch diejenige der strategischen Überlegenheit dominiert. Es ist allgemein bekannt, dass die Erdölvorkommen im Irak einen Löwenanteil am Welterdölvorkommen ausmachen. Ohne Erdöl funktioniert heutzutage keine Volkswirtschaft und keine hochtechnisierte Armee. Man denke in diesem Zusammenhang nur an das ganze Transportwesen einer Volkswirtschaft, das Heizen in kälteren Monaten, usw.. Ist die Sicherung der Erdölressourcen auch ein mögliches Kriegsziel der Amerikaner, die in Zukunft zunehmend in Gefahr laufen, von erdölexportierenden Ländern immer abhängiger zu werden? Besteht die Bush-Administration nicht mehrheitlich aus Vertretern der amerikanischen Öllobby? – Auch diese Fragen blieben unbeantwortet, da sie in dieser Form von keinem Diskussionsteilnehmer gestellt wurden.

## **Schwelender Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis muss gelöst werden**

Bei diesem Thema sind sich alle Diskussionsteilnehmer einig: Die Stabilisierung in Nahost setzt den Frieden zwischen Palästinensern und Israelis voraus. Ohne Beendigung dieses schwelenden Konfliktes ist kein Frieden in der Region möglich. Christina Huber bemerkte dazu:

*Eine friedliche Perspektive für den gesamten Nahen Osten lässt sich zudem nach einhelliger Meinung aller Nahost-Experten aber ohne eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht erreichen.*

Die Bush-Administration hat diese anfangs fehlende Wahrnehmung nun erkannt und widmet sich intensiv dem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Während für einige Diskussionsteilnehmer hier ein ernster Versuch einer Friedensfindung vorliegt, verweisen andere auf die Glaubwürdigkeit einer solchen Unternehmung. In den Augen der Kritiker wird bei Nahost-Fragen mit zwei Ellen gemessen. Israel wird bevorzugt, während die arabischen

Staaten das Nachsehen haben. Diese Haltung verstärke zusätzlich den Hass auf die Amerikaner in der arabischen Welt. Die Gründe für eine derartige Favorisierung Israels sind unterschiedlich. Die einen Diskussionsteilnehmer unterstreichen das Vorhandensein der jüdischen Lobbies in den USA, dessen politische Macht sich kein Politiker entziehen kann, um wiedergewählt zu werden, andere verweisen auf den Status Israels als einzige westliche Demokratie im Nahen Osten. Raphael Ryser schreibt dazu:

*Es konnte bisher auch kein US-Präsident die Israelis unter Druck setzen, einen Friedensvertrag zu unterschreiben, ohne die Wiederwahl aufs Spiel zu setzen.*

Mit dem bevorstehenden Wahlkampf in den USA, kann der Verdacht aufkommen, dass die Friedensverhandlungen als Wahlkampf-Instrument umgemünzt werden.

## **Der internationale Terrorismus wird durch den Irakkrieg verstärkt**

Auch wenn sich einige Diskussionsteilnehmer die Frage stellen, ob überhaupt ein Kausalzusammenhang zwischen Irakkrieg und den jüngsten Terroranschlägen besteht oder ob die Anschläge nicht auch ohne Irakkrieg eingetroffen wären, so sind sich doch die meisten Diskussionsteilnehmer einig, dass ein Zusammenhang besteht. Der verletzte Stolz der Araber und die westliche Einmischung im arabischen Interessengebiet werden als wesentliche Indikatoren angeführt. Michael Holenweger schreibt dazu:

*Insgesamt rechnen viele Experten mit einer Destabilisierung der gesamten Nahost-Region und in deren Folge mit einer Verschärfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus weltweit. [...] Der amerikanisch-britische Sieg wird als weitere Demütigung der islamischen Welt empfunden und die Araber weisen Amerikas Politik im Nahen Osten weitgehend zurück.*

Es bleibt nur zu hoffen, dass sich dieser Zusammenhang nicht bewahrheitet. Dies würde bedeuten, dass die Spirale der Gewalt erneut massiv entfacht wurde.

## **Unilateralismus versus Multilateralismus**

Während die meisten Diskussionsteilnehmer den amerikanisch-britischen Alleingang kritisieren, so weisen einzelne Teilnehmer auf die Notwendigkeit einer militärischen Intervention im Irak hin und stellen den Unilateralismus in den Hintergrund. Matthias Haag meinte dazu:

*Das Saddam-Regime und alle anderen Diktaturen in der Region müssen gestürzt werden, um endlich die Region befrieden zu können. Da die arbeitende Bevölkerung, die Studentenbewegung oder die Jugendlichen und verarmten Massen in der Region dazu nicht in der Lage war, ist es absolut notwendig, dass die USA endlich eingegriffen hat.*

*Dennoch war es notwendig, dass jemand einen Anfang zur Befriedung des Nahen Ostens machte. Da wohl nur die USA die technischen Mittel für einen solchen Krieg haben, kommen auch nur sie in Frage.*

Irak könnte wie einst Deutschland durch eine Art Marshall-Plan wiederaufgebaut werden; so die Ansichten der Kriegesbefürworter. Michael Hohlweger machte sich auch Gedanken über die Bushdoktrin, die in der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 niedergelegt ist. Sie sei durch die Völkerbundsatzung von 1919 legitimiert:

*Völker, die noch nicht in der Lage sind, sich selbst zu leiten, sind von zivilisierten Völkern so zu erziehen, dass sie sich selbst leiten können.*

Die Bush-Administration will die Welt demnach nicht nur ‚sicherer‘, sondern auch noch ‚besser‘ machen. Viele Diskussionsteilnehmer weisen die amerikanische ‚schwarz-weiss‘-Mentalität und die damit verbundene Grundhaltung ‚Entweder man ist für oder gegen uns!‘

entschieden zurück. Negativ wird in diesem Zusammenhang auch die Verurteilung der Interventionsgegner (Frankreich, Deutschland, u.a.) empfunden. Die Stabilisierung einer so komplexen Region wie diejenige des Nahen Ostens verlange keine Koalitionspartner, also ein unilaterales Vorgehen, sondern vielmehr eine Breite Abstützung auf multilateralen Strukturen. Hier wird insbesondere das Augenmerk auf die UNO geworfen. Deshalb wird der Alleingang im Irak kritisiert. Die Kriegesbefürworter unterstreichen die Notwendigkeit der UNO beim Wiederaufbau.

Michael Holenweger brachte zwei interessante Theorien in die Diskussion ein, die im folgenden erläutert werden:

- *The New Transatlantic Project*<sup>2</sup> von Ronald D. Asmus und Kenneth M. Pollack (erschienen im Oktober 2002)
- *Power and Weakness*<sup>3</sup> von Robert Kagan (erschienen im Juni 2002)

Die Theorie von Asmus und Pollack steht in einem starken Kontrast zu derjenigen von Kagan. Asmus und Pollack, ehemalige Politberater von Präsident Clinton, vertraten die Theorie einer friedlichen Umwälzung des Nahen Ostens mit westlicher Unterstützung. Sie weisen auf die Notwendigkeit einer ‚inneren‘ Transformation der politischen Systeme hin. Das Aufzwingen einer solchen Transformation von ‚ausen‘ durch militärische Gewalt wird generell abgelehnt; im Fall des Iraks aber befürwortet. Die Autoren sind sich über ihr gewaltiges Vorhaben bewusst und ermahnen die Politiker in längeren Zeiträumen zu denken. Eine solche Transformation könne nicht binnen einer kurzen Zeit erfolgen, sondern sei ein langsamer Prozess. Auch wird dem Unilateralismus eine klare Absage erteilt. Die Bildung von Koalitionen sei der falsche Weg. Ein solches Vorhaben setze multilaterale Strukturen voraus. Die USA sei auf Europa angewiesen. Die Transformation in Afghanistan habe gezeigt, dass die militärische Umgestaltung im amerikanischen Alleingang möglich ist, dass aber eine langfristige Sicherung des Friedens nur in Zusammenarbeit mit den Europäern erfolgen kann, da den Amerikanern hier die Ressourcen fehlen. Ihr konkretes Programm sieht wie folgt aus:

- Beginn der Transformation in Afghanistan mit Signalwirkung
- Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts
- Sturz Saddam Husseins auch mit militärischen Mitteln
- Regimewechsel im Iran mit friedlichen Mitteln
- Transformation von Ägypten und Saudi-Arabien

Michael Holenweger spricht in diesem Zusammenhang von einem positiven ‚Dominoeffekt‘:

*Sie entwickelten die Dominotheorie, welche einen Wandel des Mittleren Ostens nach dem Vorbild des Neuaufbaus Europas nach dem Zweiten Weltkrieg vorsah. Die USA und Europa sollten die Demokratisierung der Region gemeinsam befördern, hauptsächlich mit friedlichen Mitteln.*

Entgegen dieser eher friedlichen Theorie der Umgestaltung des Nahen und Mittleren Ostens steht die Theorie der militärischen Stärke von Robert Kagan, einem Vertreter der neokonservativen Eliten der USA. Der fortwährende politische und militärische Druck zusammen mit der Anziehungskraft westlicher Systeme soll die arabische Bevölkerung demokratischer machen. Kagan rät zu einem aussenpolitischen Alleingang der USA. Der Grund für dieses unilaterale Vorgehen liegt, laut Kagan, in der Disharmonie und somit in der Schwäche Europas. Die politische Uneinigkeit sowie das schwache Konstrukt einer europäischen Armee rechtfertigen einen Alleingang der USA. Der Balkankrieg habe gezeigt, dass Europa unfähig sei, einen Konflikt mit militärischen Mitteln gemeinsam zu lösen.

---

<sup>2</sup> zu finden unter: <http://www.policyreview.org/OCT02/asmus.html>

<sup>3</sup> zu finden unter: <http://www.policyreview.org/JUN02/kagan.html>



Europa ist laut Kagan nur in der Lage, Friedenseinsätze zu leisten, doch keine militärischen Aktionen zu starten. Einen Alleingang im Irakkrieg hält er deshalb für gerechtfertigt. Dieser sehr umstrittene Entwurf einer Friedenskonzeption für den Nahen und Mittleren Osten scheint am ehesten dem bisherigen Aktionskatalog der Bush-Administration zu entsprechen. Die meisten Diskussionsteilnehmer argumentieren eher auf der Basis einer friedlichen Konzeption im Sinne Pollack und Kenneth als auf einer Konzeption von Macht und Stärke.

## Schlussfolgerungen

So unterschiedlich die Argumente auch sind, so zeichnet sich doch ein klarer Trend in Richtung Bejahung der These ab. Die Notwendigkeit des Sturzes Saddams Hussein als einen Tyrannen und Despoten übelster Sorte wird zwar von allen einstimmig bejaht, bei dem Vorgehen überwiegt aber die Meinung, dass ein Alleingang der USA und Grossbritannien sich als kontraproduktiv für den Stabilisierungsprozess im Nahen Osten auswirkt. Der Wiederaufbauprozess muss mit Hilfe der UNO, mit einer breiten Abstützung in der Welt, voranschreiten. Unilaterale Bestrebungen sind deshalb zu vermeiden. Multilaterale Strukturen müssen hingegen gefestigt und ausgebaut werden. Auf die Frage, ob eine Stabilisierung im Irak und im Nahen Osten nach der jüngsten Irak-Intervention möglich sei, macht sich grösstenteils Ernüchterung breit. Viele Diskussionsteilnehmer können sich eine Stabilisierung nicht vorstellen. Die momentane Situation im Nahen und Mittleren Osten sei zu schlecht für eine positive Prognose. Dennoch wird vereinzelt darauf hingewiesen, dass ein positiver Wiederaufbauprozess auch positive Signalwirkungen in der Region erzeugen kann. Man ist sich aber umgekehrt weitgehend darüber einig, dass ein Scheitern der Aktion das Ansehen des Westens im Nahen Osten massiv schaden würde. In diesem Sinne bleibt nur zu hoffen, dass das Modell ‚Freedom for Iraq‘ seine positiven Effekte freisetzt und so, zusammen mit dem Friedensprozess in Israel, der Region die nötige Stabilität gibt, den der Nahe und Mittlere Osten so dringend nötig haben. Dies setzt aber zwingend voraus, dass die kulturellen, geschichtlichen und ethnischen Aspekte mitberücksichtigt werden, was derzeit nicht der Fall ist. Eines steht jedoch für die meisten Diskussionsteilnehmer fest: Je länger die Intervention der Briten und Amerikaner dauert, je langsamer sich der Wiederaufbau gestaltet und umso weniger die irakische Bevölkerung daran beteiligt wird, desto grösser ist das Risiko einer Destabilisierung. Weiter ist man sich auch einig, dass der Frieden im Nahen Osten, den Frieden in Israel und damit die Bildung eines Staates Palästina voraussetzt. Die Diskussion hat ausserdem gezeigt, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sehr vielschichtig ist und nicht mit militärischen Einzelaktionen beseitigt werden kann. Vielmehr sind es eine Menge von Einflüssen (Kultur, Geschichte, Völker, schwelende Konflikte, usw.) die Keimzellen für den Terrorismus beinhalten, deren Bekämpfung sich aber als sehr schwierig erweist. Das Problem muss an den Wurzeln angepackt werden. Die meisten Diskussionsteilnehmer favorisieren friedliche Mittel der Diplomatie und der Unterstützung gemässigter Gruppierungen. Ganz ohne militärischen Aktionen wird man vermutlich nicht auskommen, doch müssen diese Aktionen auf breiter Basis, auf multilateralen Strukturen, abgestützt sein. Ein einseitiges Vorgehen von Amerikanern und Briten ist zum Scheitern verurteilt. Die desolaten Zustände im Irak zeugen nicht von einer Vorzeigedemokratie und geben Anlass zur Annahme, dass das Friedenskonzept der Amerikaner und Briten zu wenig durchdacht ist. Es reicht offenbar nicht, in Nahost-Staaten einzufallen und zu meinen, der Wandel käme dann von selbst. Das Modell Irak hat gezeigt, dass die Menschen froh und erleichtert sind über den Sturz Saddam Husseins, aber nicht von fremden Mächten beherrscht werden wollen.